

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Keine Vollbremsung beim Schulbau – vordringliche Schulinvestitionen vom Planungsstopp ausnehmen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 400 Schulverwaltungsamt.

Wir beantragen die notwendigen Mittel zur Fortsetzung bzw. Aufnahme der folgenden vordringlichen Schulinvestitionen:

1. Schulstandort Stammheim, 4. BA mit Neubauten, Sanierungen und Interimen
 2. Altenburgschule, GTS, 3. BA
 3. Hattenbühlsschule, Generalsanierung und Erweiterungsbau
 4. Wilhelms-Gymnasium, Neubau NWT-Bereich
 5. Riedseeschule, 2. BA, Umstrukturierung/Sanierung Hortgebäude
 6. Gustav-Werner-Schule, 1. BA, Schulerweiterung Anbau Ost
 7. Campus Vaihingen, Neubau Robert-Koch-Realschule
 8. Österfeldschule, Einrichtung GTS und Sanierung
 9. Umbau des Kinobauer-Areals
 10. Grundschule Heumaden, GTS Umstrukturierung sowie Neubau TVH und Lehrschwimmbecken
 11. Pragschule, Erweiterungsbau und Umstrukturierung Bestand
- Mangels Transparenz in den Haushaltsanmeldungen sind die notwendigen Finanzbeträge durch die Verwaltung zu ergänzen.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	400 Schulverwaltungsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	

Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr. *)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der im Haushaltsentwurf vorgesehene Planungsstopp für Investitionen betrifft auch zentrale Vorhaben im Bereich des Schulbaus. Eine pauschale Anwendung dieser Maßnahme würde bedeuten, dass dringend notwendige Schulbaumaßnahmen – unabhängig von ihrer inhaltlichen und pädagogischen Priorität – verzögert oder vollständig gestoppt werden.

Zahlreiche Stuttgarter Schulen befinden sich in einem desolaten baulichen Zustand. Teilweise ist bereits heute nicht mehr verlässlich absehbar, wie lange einzelne Gebäude noch sicher betrieben werden können. Hinzu kommt, dass viele Schulen nicht über genügend Klassenzimmer verfügen oder perspektivisch räumlich an ihre Grenzen stoßen.

Der bestehende Sanierungs- und Erweiterungsbedarf ist fachlich lange bekannt und von der Verwaltung mehrfach bestätigt worden. Eine Vollbremsung beim Schulbau gefährdet daher unmittelbar die Aufrechterhaltung des Unterrichtsbetriebs und die Umsetzung gesetzlicher Bildungs- und Betreuungsaufgaben.

Der im Haushaltsentwurf angesetzte Baustatus darf daher nicht das alleinige Kriterium für die Weiterführung oder den Stopp von Projekten sein. Die fachliche Dringlichkeit muss bei der Priorisierung berücksichtigt werden.

Mangels Transparenz über die zugrunde liegende Projektliste können von uns keine konkreten Finanzbeträge benannt werden. Entscheidend ist, dass die vordringlichsten Schulinvestitionen vom allgemeinen Planungsstopp ausgenommen werden, um die Bildungsinfrastruktur in Stuttgart funktionsfähig zu halten.

Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender
 Tillmann Bollow
 Sara Dahme
 Dr. Maria Hackl
 Celine Hirschka
 Dejan Perc

Lucia Schanbacher
Clara Streicher